

Sanktionen und Kriegsdrohungen – Die jüngsten Fusstritte

Kaum sechs Tage nach der Unterzeichnung der neuen Exekutivverordnung gegen Kuba am 1. Mai kündigte der US-Außenminister Marco Rubio neue Sanktionen an, die sich nach seinen eigenen Worten „in den kommenden Tagen und Wochen“ fortsetzen werden.

Seit die Exekutivanordnung vom Januar 2026 eine beispiellose Ölblockade verhängte droht die US-Regierung jedem Land, das der Insel Treibstoff verkauft oder liefert, mit Zöllen. Internationale Banken weigern sich aus Angst vor Sekundärsanktionen, Zahlungen für Rohöl abzuwickeln. Reedereien, die Versicherungen, die Häfen von Drittländern, einfach alle, beugen sich der Drohung, ihre Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten würden ggf. eingefroren. Das Ergebnis: In vier Monaten ist es gerade einem großen Tankschiff gelungen, in kubanischen Häfen anzulegen. Um die bittere Bedeutung dieser Zahl zu verdeutlichen: Mit der Ankunft eines einzigen Tankers werden gerade einmal 12 % des monatlichen Bedarfs des Landes gedeckt.

Der öffentliche Nahverkehr kommt zum Erliegen. Die Lastwagen, die Lebensmittel aus den Anbauprovinzen in den Rest der Insel transportieren, fahren nicht mehr. Die Ernten bleiben auf den Feldern liegen, während die städtischen Märkte morgens leer sind. Die Generatoren, die Krankenhäuser, Fabriken und Wasseraufbereitungsanlagen versorgen, fallen wegen Dieselmangels aus. Und die Bevölkerung gerät in einen Kreislauf von Stromausfällen, die in vielen Orten bereits mehr als 20 Stunden täglich dauern.

Jeder Ökonom weiß: Die Elastizität des Energieverbrauchs ist praktisch null. Man kann nicht von heute auf morgen auf 80% des Kraftstoffs verzichten, ohne den Produktionsapparat zu zerstören.

Lieferanten werden eingeschüchtert und bedroht; hinzu kommen die Auswirkungen einer mehr als 65-jährigen Blockade, deren Schäden sich auf über 2,1 Billionen Dollar belaufen.

Der Tourismussektor, die zweitwichtigste Deviseneinnahmequelle Kubas und Arbeitgeber für mehr als 300.000 Menschen, ist spürbar betroffen. Im ersten Quartal 2026 verzeichnete Kuba 48 % weniger Einnahmen als im gleichen Zeitraum des Jahres 2025.

Der Mangel an Flugbenzin hat dazu geführt, dass kanadische, russische, türkische, französische und spanische Fluggesellschaften ihre Flüge auf die Insel eingestellt haben. Dies zwang mehrere touristische Einrichtungen zur vorübergehenden Schließung, darunter viele im Haupturlaubszentrum Varadero.

Was die neue Exekutivanordnung vom 1. Mai eingeführt hat, ist eine explizite und pauschale Drohung gegen jede ausländische Einrichtung, die wirtschaftliche Beziehungen zu Kuba unterhält, ohne dass dabei irgendeine Verbindung zur US-Wirtschaft bestehen muss. Die Maßnahme trifft direkt die Sektoren Energie, Bergbau und Finanzdienstleistungen und stellt eine eklatante Verletzung der Souveränität dritter Staaten dar.

Kubas wichtigste Exportzweige sind betroffen, und das zu einer Zeit, in der auch andere Devisenquellen, darunter der Tourismus und der Export medizinischer Dienstleistungen, unter starkem Druck stehen.

Es ist die Außenpolitik der Vereinigten Staaten, die in offiziellen Dokumenten festgehalten und per Durchführungsverordnung umgesetzt wird. Das Ziel besteht darin, den Lebensstandard der kubanischen Bevölkerung immer weiter zu senken, um einen sozialen Aufstand zu provozieren, der einen politischen Wandel in Kuba herbeiführen soll.

Was das Imperium jedoch nicht begreifen kann, ist, dass sich die Würde eines Volkes weder durch Stromausfälle noch durch Sanktionen oder den Abzug ausländischer Investoren beugen lässt. Der kubanische Widerstand ist tiefer als jede Krise, und die internationale Solidarität bleibt ein Schutzschild, das selbst all die genannten Maßnahmen nicht durchbrechen können.

Hardy (Fakten stammen aus Granma)